

«Sollen wir gefühllos erscheinen?»

Wie das Kennedy-Attentat dem Bundesrat vor 50 Jahren Kopfzerbrechen bereitete

War es mit der Neutralität vereinbar, einen Bundesrat an die Beerdigung von John F. Kennedy zu schicken? Das erörterte der Bundesrat 1963 in einer Nachtsitzung, wie bisher kaum bekannte Dokumente zeigen.

Markus Häfliger, Bern

Die Ermordung von John F. Kennedy erschütterte vor 50 Jahren die Welt und auch die Menschen in der Schweiz. Den Bundesrat jedoch beschäftigte nicht nur die Tat an sich. 24 Stunden nach dem Tod des US-Präsidenten trat die Landesregierung zu einer Sondersitzung zusammen. Es war Samstag, der 23. November 1963, 21 Uhr. Die Sitzung war derart kurzfristig einberufen worden, dass nur fünf der sieben Bundesräte überhaupt in Bern waren. Einziges Traktandum: Wer sollte die Schweiz an Kennedys Abdankung vertreten?

Die auf den ersten Blick banale Frage war für den Bundesrat eine politische Knacknuss, wie das Verhandlungsprotokoll der damaligen Sitzung offenbart. Die Forschungsgruppe Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS) hat dieses Protokoll am Dienstag publiziert – im Rahmen eines umfangreichen Dossiers zum 50. Jahrestag der Kennedy-Ermordung.

«Eine ganz unerhörte Tat»

Eigentlich hatte das Politische Departement, das heutige EDA, bereits am Morgen nach dem Mord entschieden, den Botschafter in Washington an die Abdankung zu delegieren. Doch im Laufe des Samstags wurden im Bundeshaus die Zweifel über diesen Ent-

scheid immer grösser. Immer mehr Staats- und Regierungschefs gaben bekannt, dass sie Kennedy persönlich die letzte Ehre erweisen würden: Frankreichs General de Gaulle, der deutsche Bundeskanzler Erhard und sogar der sowjetische Vizeministerpräsident Mikojan. Angesichts dieser Entwicklung stellte sich die Schweizer Diplomatie die Frage, ob es nicht angemessener wäre, einen Bundesrat zu delegieren.

Das Problem war aber, dass Bundesräte zu jener Zeit selten bis nie ins Ausland reisten – und schon gar nicht zu Beerdigungen. Zudem war man mitten im Kalten Krieg, die USA waren eine der beiden verfeindeten Supermächte, und die Schweiz war neutral. Es stellte sich die Frage, «ob wir unsere Neutralitätspolitik und die Gefahr, ein Präjudiz zu schaffen, so weit treiben sollen, dass wir als gefühllos erscheinen». So fasste Aussenminister Friedrich Traugott Wahlen (svp.) das Dilemma laut dem Protokoll der bundesrätlichen Nachtsitzung vom 23. November 1963 zusammen.

Einig waren sich die Bundesräte, dass es sich beim Mord an Kennedy um einen «Schlag» für die gesamte freie Welt handle. Es handle sich um «eine ganz unerhörte Tat», konstatierte Justizminister Ludwig von Moos (cvp.). Trotzdem zögerten die Bundesräte, einen der ihren in die USA schicken. Denn es könnte ja auch einmal ein weniger sympathischer Staatschef sterben. Von Moos warnte davor, dass Bundesräte künftig auch an Staatsbegräbnisse reisen müssten, bei denen «wir uns lieber nicht vertreten lassen würden».

Auch Innenminister Hans-Peter Tschudi (sp.) neigte «gefühlsmässig» zu Zurückhaltung. Der Familie Kennedy bringe der Besuch eines Bundesrats ohnehin nichts, meinte er. Eine andere Frage sei allerdings, «ob man nicht

wegen der USA gehen sollte». Auch der Wille des Schweizer Volkes wurde von den Bundesräten ergründet. «Unser Volk würde es nicht verstehen, wenn wir zurückstehen würden», sagte Wahlen im Namen des abwesenden Verteidigungsministers Paul Chaudet (fdp.). Auch Bundespräsident Willy Spühler (sp.) meinte, «entscheidend sei das Empfinden unseres Volkes und der ganzen Welt». Damit war der Fall klar: Einmütig kamen die Bundesräte zum Schluss, sich durch Wahlen vertreten zu lassen. Und so reiste der SVP-Bundesrat zwei Tage später in die USA.

Wahlens subtile Warnung

Die Reise lohnte sich für die Schweiz auch politisch: Am Tag nach Kennedys Abdankung wurde Wahlen von US-Aussenminister Dean Rusk empfangen. Das war für Wahlen die ideale Gelegenheit, das sogenannte Uhrenproblem zu thematisieren, das die Schweiz damals umtrieb. Zum Schutz ihrer Uhrenindustrie hatten die USA exorbitante Schutz-zölle gegen Schweizer Uhren verhängt.

Gemäss dem Protokoll der Unterredung, das ebenfalls im Kennedy-Dossier enthalten ist, forderte Wahlen von Rusk einen Abbau dieser Zölle. Sogar vor einer subtilen Drohung schreckte er nicht zurück: Wenn die USA bei den Uhrenzöllen nicht nachgäben, könnte die Schweiz den USA im Rahmen der damaligen Welthandelsrunde den Sup- port entziehen. Diese Handelsrunde ist heute als Kennedy-Runde bekannt.

Nach dem Treffen bedankte sich Rusk bei Wahlen ausdrücklich dafür, «dass ein amtierender Bundesrat zu diesem traurigen Anlass zum ersten Mal nach Washington gekommen sei».

Dossier «50 Jahre Kennedy-Attentat»: dodis.ch/dds/1982